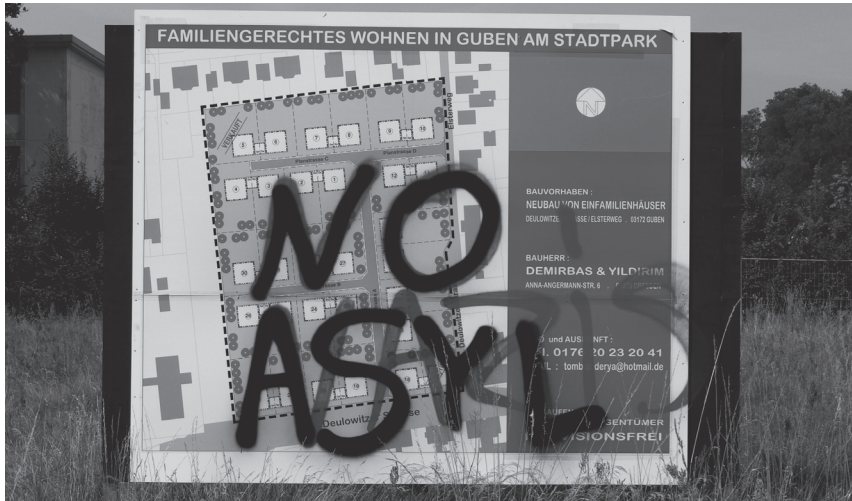


Angriffe sind Alltag



Graffiti direkt vor der Gemeinschaftsunterkunft in Guben.

„Schon gut, dass Ihr wegen dieses einen Angriffs zu uns kommt. Wir können Euch aber noch von vielen anderen erzählen. Angegriffen zu werden gehört zu unserem Alltag“, hören die Berater_innen der Opferperspektive in letzter Zeit wiederholt, wenn sie Geflüchtete zum ersten Mal nach einem rassistischen Angriff aufsuchen. Darauf folgen Erzählungen von erschreckend alltäglichen Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen.

Seit Jahren steigen die von der Opferperspektive in Brandenburg registrierten rechten und rassistischen Angriffe wieder besorgniserregend an. Alarmierend ist in diesem Jahr: Bereits nach sieben Monaten wurde das Niveau der Angriffszahlen für das gesamte Jahr 2014 erreicht. Die Gewaltopferberatung zählte bis Ende

Juli 90 rechte Angriffe, von denen allein 50 rassistisch motiviert sind, ein weiterer Teil richtet sich gegen Personen, die sich für Geflüchtete einsetzen.

Im Moment scheinen geflüchtete Menschen an keinem Ort in Brandenburg sicher zu sein. Rassistische Taten finden flächendeckend statt und es lassen sich – anders als in den Jahren zuvor – keine regionalen Schwerpunkte ausmachen. Die Schwelle zur Gewalt ist deutlich gesunken, einfache bis zu gefährlichen Körperverletzungen machen den größten Teil der Taten aus. Die Angriffe erfolgen eher ungeplant und überall: im Supermarkt, im Hauseingang, auf der Straße, am Bahnhof. Rassistische Gelegenheits-täter_innen sehen sich durch die allgemeine rassistische Mobilisierung gegen

Geflüchtete offenkundig bestärkt, ihr menschenverachtendes Weltbild spontan in Gewalt umzusetzen.

Diese Gewalt fällt nicht vom Himmel. Den Nährboden bilden rassistische Hetze und offene Gewaltandrohungen in Sozialen Netzwerken und bei Kundgebungen gegen Asylunterkünfte, oft von Neonazis (mit)organisiert. In den Medien bestimmen seit Monaten Notstandsszenarien die Berichterstattung über Flucht und Asyl und heizen das rassistische Klima an. Öl ins Feuer gießen Politiker_innen mit Forderungen nach weiteren Maßnahmen zur Abschreckung von Asylsuchenden, nach Sonderlagern und Sonderbehandlungen. Sie fördern Ressentiments, indem sie einigen Geflüchteten ihr individuelles Recht auf Asyl absprechen, zeigen Verständnis für „diffuse Ängste und Sorgen“ von Rassist_innen und erinnern damit an die verheerende „Das Boot ist voll“-Rhetorik der 1990er Jahre. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, wenn Gelegenheitstäter_innen diese Signale aufnehmen und auf ihre Weise umsetzen. Um diese massive rassistische Gewalt zu stoppen, benötigen wir dringend andere – solidarische – Signale!

MONITOR

Im Juli wird in einem Einkaufsmarkt in Cottbus eine Frau aus Tschetschenien von einem 26-jährigen Cottbuser bedrängt und beleidigt. Er schubst die schwangere Frau gegen einen Pfandautomaten und stößt ihr den Einkaufswagen gegen den Körper. Vor dem Markt greift der Täter sie erneut an, nimmt ihr den Einkaufswagen ab und rammt ihn ihr in den Bauch. Die Tschetschenin kann den Angriff größtenteils erfolgreich abwehren. Andere Kund_innen und eine Verkäuferin bemerken den Angriff und verständigen die Polizei. Nach Aussage der Polizei ist der Mann der rechten Szene zuzuordnen.

INHALT

THEMA

Zahl der Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg nach oben korrigiert

IM GESPRÄCH

„Für mich ist es erst abgeschlossen, wenn ich die ganze Wahrheit weiß“

BERICHT

Rechte Gewalt in Spremberg nimmt weiter zu

PUBLIKATION

Hilfestellung bei rechten Bedrohungen

MELDUNG

Gesetz zur Hasskriminalität

IMPRESSUM

Zahl der Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg nach oben korrigiert

Wolfgang Auch wird am 16.09.1991 von einer Gruppe rechter Kinder und Jugendlicher auf einem Spielplatz in Schwedt über mehrere Stunden brutal zusammengeschlagen und getreten. Zur Zielscheibe wird der 28-Jährige für die jungen Neonazis, weil er sich aufgrund seiner psychischen Erkrankung und seiner starken Alkoholisierung auffällig verhält. Während die Jugendclique ihn misshandelt, inszeniert sie ein Verhör: Was er von Erich Honecker und Adolf Hitler halte, wollen sie von ihm wissen. Für seine Antwort „Beschissen“, bezogen auf Hitler, bestrafen sie ihn mit Stockschlägen. Erst als er das Bewusstsein verliert, lassen die Täter_innen von ihm ab. Wenige Tage später stirbt Wolfgang Auch an seinen schweren Verletzungen. Dass die Todesumstände von Wolfgang Auch heute bekannt sind, ist ein Verdienst der Wissenschaftler_innen des Forschungsprojekts „Überprüfung umstrittener Altfälle: Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“ am Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) in Potsdam. Beauftragt wurden diese vom damaligen Brandenburger Innenminister Dietmar Woidke, der damit auf zivilgesellschaftliche Forderungen u.a. der Opferperspektive nach einer offiziellen Anerkennung der tödlichen Dimension rechter Gewalt reagierte. Der Ende Juni 2015 vorgelegte Abschlussbericht des MMZ gibt Wolfgang Auch nach fast einem Vierteljahrhundert Anonymität einen Namen.

Rechtes oder rassistisches Motiv kaum auszuschließen

24 „umstrittene Altfälle“ überprüfte das MMZ, drei von ihnen konnten allerdings aufgrund mangelnder Informationen nicht beurteilt werden. Ein Expert_innenkreis aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, in dem die Opferperspektive vertreten war, begleitete das Forschungsprojekt beratend. „Nur in wenigen Fällen kann ein rechtsextremes oder rassistisches Motiv mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden“, so das abschließende Urteil der Wissenschaftler_innen. Sie schlugen dem Innenministerium neun der überprüften Fälle zur nachträglichen Anerkennung

als „Todesopfer rechter Gewalt“ vor. Wolfgang Auch, Andrzej Frątczak, Gerd Himmstädt, Emil Wendland, Belaid Baylal, Horst Hennersdorf, Mathias Scheydt, Falko Lüdtko und Erich Fisk erfahren nun endlich offiziell Anerkennung als Opfer rechter Gewalt. Die offizielle Zahl der Todesopfer rechter Gewalt verdoppelt sich in Brandenburg somit von neun auf 18 Personen.

Weitere Todesfälle mit rechtem Tatmotiv

Einige der überprüften Todesfälle bewertet die Opferperspektive abweichend von der Studie und geht bei ihnen von rechten und rassistischen Tatmotiven aus. Das MMZ orientierte sich für seine Einstufung eines Todesfalles als politisch rechtsmotiviert an den Kriterien für politische Kriminalität Rechts (PMK-Rechts), nach denen ein politisches Motiv als tatleitend festgestellt werden muss. Doch gerade die Enge dieses polizeilichen Erfassungssystems für politische Gewaltta-

und Phan Van Toan zu den Todesopfern rechter Gewalt. In ihren Fällen wirkte die extrem rechte oder rassistische Einstellung der Täter zumindest tateskalierend.

Ermittlungen entpolitisierten die Tatkontexte

Die Studie brachte auch andere bedeutsame Erkenntnisse hervor: In vielen Fällen lässt sich ablesen, wie die beteiligten Behörden den rechten oder rassistischen Kontext von Instanz zu Instanz entpolitisierten. Wurden von der Polizei noch mögliche rechte oder rassistische Bezüge wie zum Beispiel die Einbindung der Täter in rechte Strukturen aufgeführt, fanden sich in den Anklageschriften der Staatsanwaltschaft nur noch selten Hinweise auf eine politische Motivation. Die Urteile der Justiz ignorierten diese zu meist völlig. Daran wird deutlich, wie notwendig die Thematisierung von Rassismus und Neonazismus in Strafprozessen ist, wie sie oft nur durch die Neben-



Quelle: AG Timur und sein Trupp

ten wird seit Jahren von Wissenschaftler_innen und Kriminalist_innen kritisiert, da mit diesem bei scheinbar unpolitischen Tatmotiven wie Geld- oder Beziehungskonflikten auch dann eine Straftat nicht als rechtmotiviert eingestuft wird, wenn für die Eskalation des Konflikts eine rechte Gewaltlegitimation, ein Feindbild-Denken oder rassistisch oder sozialdarwinistisch motivierter Hass mitverantwortlich ist. Für die Opferperspektive zählen daher auch Hans-Georg Jacobson, Kairat Batesov, Enrico Schreiber

klagevertretung eingebracht wird.

Die Durchführung der Studie ist ein großer Erfolg für die brandenburgische Zivilgesellschaft und zeigt auf, wie wichtig eine unabhängige Überprüfung für die Beurteilung rechter Gewalt ist. Es ist zu hoffen, dass weitere Bundesländer dem Vorbild Brandenburgs in dieser Form folgen. Namen wie Wolfgang Auch, Kajrat Batesov und Enrico Schreiber mahnen uns, weiterhin jeglicher Verharmlosung oder Verleugnung rechter Gewalt entschieden zu widersprechen.

Die Studie „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“ findet sich auf der Website des Moses Mendelssohn Zentrums: www.mmz-potsdam.de.

„Für mich ist es erst abgeschlossen, wenn ich die ganze Wahrheit weiß“

Falko Lüdtkke wurde am 31.05.2000 in Eberswalde von einem Neonazi vor ein vorbeifahrendes Taxi gestoßen und verstarb wenige Stunden später. Seine beste Freundin, Sandra L. setzt sich seitdem für ein Gedenken an ihn ein.



Falko Lüdtkke

Sandra, mit der Studie des MMZ ist Falko nach 15 Jahren als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt worden. Deine Gedanken?

Zwei Worte: Na endlich! Von uns wurde er immer als Todesopfer rechter Gewalt gesehen. Es hat 15 Jahre gedauert diese politische Relevanz nachzuweisen und ich habe die Befürchtung, dass es nochmals 15 Jahre dauert bis die Wahrheit ans Licht kommt.

Wie hast Du vor 15 Jahren von Falkos Tod erfahren?

Wir wollten uns alle abends in der Kneipe treffen, nur Falko fehlte noch. Ein Kumpel kam aufgelöst herein und sagte: Falko liegt auf der Spechthausener Straße, blutüberströmt, Knochen gucken aus seinem Bein heraus. Um ihn herum stehen lauter Faschos, die Erste Hilfe zu leisten versuchen. Wir waren schockiert, fuhren sofort ins Krankenhaus, aber ein Gedanke war da: Wenn Faschos um ihn herum stehen, ist das kein Zufall. Dann haben die auch etwas damit zu tun. Die Polizei suchte zu Beginn nicht einmal nach dem Täter. Falko starb und der Täter konnte flüchten. Erst als wir alle Hebel in Bewegung setzten, verschiedene Zeitungen informierten und Demos organisierten, sahen sich die Stadt und die Polizei gezwungen, etwas zu unternehmen und eine Fahndung einzuleiten. Später im Gerichtsprozess gab es viele

Ungereimtheiten. Alle Zeugen waren Nazis. Vor allem haben alle Zeugen im entscheidenden Moment des Zusammenstoßes zwischen dem Taxi und Falko zufällig woanders hin geguckt. Ich bin überzeugt, dass die Faschos Falko schon vorher halbtot geschlagen haben und mit dem Taxi nur versuchten Beweise zu vertuschen. Die Betonung liegt auf Mehrzahl. Wir erhielten Hinweise, dass der verurteilte Täter für die anderen nur den Kopf hingehalten haben soll.

In welcher Weise wurde in Eberswalde auf den Tod Falkos reagiert?

Falkos Tod hat die ganze Welt interessiert, nur diese Stadt nicht. Uns rief sogar ein alter Freund aus Brasilien an, der dort davon erfahren hatte. Wenn es jemandem passiert wäre, der hier Rang und Namen hat, dann, glaube ich, wäre ein Aufschrei durch die Bevölkerung gegangen. Falko war jedoch für viele hier nur ein dreckiger Punk, der sich nicht wundern muss, wenn er totgeschlagen wird. Mein Eindruck war, dass die Leute in der Stadt eher sauer waren und keinen Bock auf einen zweiten Amadeu Antonio hatten. Schon wieder guckte alle Welt auf Eberswalde.

Von der Stadt oder der Polizei haben wir in der ganzen Zeit keine Unterstützung erfahren. Die Polizeipräsidentin stellte sogar die Linken in der Gedenkdemo alle als Gewalttäter dar, denen es nicht um Falko ginge, sondern nur um Gewalt und Chaos.

Um an Falko zu erinnern, haben wir einmal im Jahr an seinem Todestag die Straße für eine Stunde besetzt. Viele Autofahrer beschwerten sich darüber. Aber über ein kaputtes Menschenleben, darüber hat sich keiner beschwert ...

Bis heute macht es mich wütend, wie über Falko geredet und geschrieben wurde. Viele sprachen von Rangeleien „zwischen zwei gleichermaßen gewaltbereiten Jugendlichen“ und dass es genauso gut andersherum hätte enden können. Das hätte es eben nicht! Niemals hätte Falko es in Kauf genommen, dass seinetwegen jemand stirbt! Einmal war er in eine gewalttätige Auseinandersetzung verwickelt und wollte das nie wieder erleben. Daran hielt er sich die ganzen Jahre.

Was war Falko für ein Mensch?

Falko war ein liebevoller Mensch, der uns stets als seine Familie bezeichnete. Das Wichtigste für ihn war, dass es uns allen gut ging. Er hörte zu, wenn jemand Probleme hatte und teilte großzügig alles, was er besaß. Manchmal kaufte er Blumen und verschenkte sie an Bekannte, die ihm gerade begegneten. Er war ein begeisterter Leser, liebte Musik und schrieb Songtexte für befreundete Punkbands.

Falko führte auch coole Aktionen durch, gab aber niemals damit an. Ihm ging es nur um die Wirkung. Einmal hingte er ein riesiges Banner mit der Aufschrift „Destroy Facism“ an einen 70 Meter hohen Schornstein, der dem rechten Jugendclub direkt gegenüber stand. Das hing dort monatelang. So bewertete ja auch die Richterin Falkos Verhalten an dem Abend als mutig und als Zivilcourage.

In welcher Form wünschst Du Dir ein Gedenken an Falko?

Wir haben uns jedes Jahr an seiner Todesstelle getroffen. Zuerst waren wir 200 Leute, die letzten Jahre saßen wir leider nur mit wenigen Menschen dort. Ich kann es den Leuten nicht verübeln und möchte auch nicht, dass unser Erinnern zu einer Pflichtveranstaltung mit Bürgermeister usw. wird wie bei Amadeu Antonio. Viele gehen glaube ich nur dorthin, weil es zum guten Ton gehört und meinen es nicht ernst. Ich will auch keinen Gedenkstein haben, der dann angepisst und beschmiert werden kann. Falko ist ja auch nicht der einzige. Ständig kommen weitere Opfer rechter Gewalt hinzu, die alle gewürdigt werden sollten.

Welche Reaktion erwartest Du nun von der Stadt oder der Öffentlichkeit?

Ich erwarte, dass sie seinen Tod endlich bedauern. Sie kannten ihn nicht, aber sie haben auch nie Interesse an seiner Person gezeigt. Dabei hat Falkos Tod viel bewirkt. Es gab einen Aufschrei, auch wenn der nicht bei allen ankam. Viele Jugendliche wurden dadurch geprägt und wollten keine Nazis werden. Für mich ist es erst abgeschlossen, wenn ich die ganze Wahrheit weiß. In unseren Herzen hat Falko seinen Stammplatz und wir werden uns immer an ihn erinnern. Freunde sterben nicht.

Rechte Gewalt in Spremberg nimmt weiter zu

Spremberg bleibt auch im Jahr 2015 ein Beratungsschwerpunkt der Opferperspektive. Elf Angriffe von rechten Tätern vor allem gegen nicht-rechte und linke Jugendliche fanden allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres statt. Für einen Ort mit knapp 22.500 Einwohner_innen sind das unerträglich hohe Werte und eine deutliche Steigerung zu den bereits sehr hohen Angriffszahlen der vergangenen Jahre. Dabei sind die von uns erfassten Zahlen nur vorläufig und Nachmeldungen sehr wahrscheinlich. Die rechte Dominanz in der Stadt führt so weit, dass sich Betroffene aus Angst vor weiteren Angriffen nicht mehr frei im Stadtgebiet bewegen oder zeitweise die

Stadt verlassen haben. Die Angreifer vermitteln den Betroffenen mit Graffiti und Aufklebern im Stadtgebiet deutlich ihre Präsenz. In mehreren Fällen wurde aus Angst vor weiteren Angriffen oder aus Resignation vor der rechten Gewalt erst gar keine Anzeige erstattet. Viele Angreifer sind im Spremberger Fanclub von Energie Cottbus organisiert, einem Fußballverein mit einer bekanntermaßen hohen Neonazi-Anhängerschaft. Im Moment liegen fast alle rechten Angriffsfälle aus Spremberg zur weiteren Bearbeitung beim Amtsgericht Cottbus. Oft müssen Betroffene überdurchschnittlich lange auf den Beginn ihrer Hauptverhandlung warten. Die Erfah-

rungen der Opferperspektive zeigen, dass Wartezeiten bis zu drei Jahren nicht selten sind. Diese zeitliche Verzögerung verschärft die Situation vor Ort. Die Betroffenen sind während dieser Zeit nicht geschützt und bekommen den Eindruck vermittelt, dass die Angriffe auf sie straflos bleiben. Die rechten Täter hingegen fühlen sich durch die verschleppte oder gar ausbleibende Sanktionierung zu neuen Angriffen ermutigt und setzen in Einzelfällen sogar Zeug_innen unter Druck. Die Opferperspektive fordert daher eindringlich, diesen Missstand zu beseitigen und die beim Amtsgericht Cottbus liegenden rechten Gewaltdelikte schneller zu bearbeiten.

PUBLIKATION

Die rechte Szene nimmt zunehmend auch Menschen in den Fokus, die sich rassistischen und rechten Aktivitäten entgegenstellen. Sie werden beleidigt, bedroht, gemobbt oder diffamiert, sehen sich regelrechten Hetzkampagnen oder zielgerichteten Beschädigungen ihres Eigentums ausgesetzt. Viele dieser bedrohlichen Situationen liegen unterhalb der Schwelle zu körperlicher Gewalt, gelten als Bagatelldelikte oder sind nicht strafbar. Ent-

sprechend werden sie in der Öffentlichkeit wenig beachtet. Für die Betroffenen und ihr Umfeld dagegen können diese Einschüchterungsversuche gravierend sein.

Die Opferperspektive will mit dieser Handreichung einen Überblick über Hintergründe und Folgen rechter Einschüchterungsstrategien geben und den Betroffenen Reaktionsmöglichkeiten und sinnvolle Vorkehrungen für bedrohliche Situationen aufzeigen. Wir wollen damit Mut machen und solidarische Hilfe anbieten.

Broschüre: *Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße, zu Hause und im Büro, bei Veranstaltungen, im Internet. Eine Handreichung für Betroffene und Unterstützer_innen.*

Im Fokus von Neonazis

Rechte Einschüchterungsversuche
auf der Straße - zu Hause und im Büro - bei Veranstaltungen - im Internet



Opferperspektive

Eine Handreichung für Betroffene und Unterstützer_innen

MELDUNG

Gesetz zur Hasskriminalität

Seit dem 1. August 2015 ist das Gesetz zur sogenannten Hasskriminalität in Kraft. „Rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe“ einer Tat sollen nun explizit bei der Strafzumessung berücksichtigt werden. Als „Kosmetik“ hatten Opferberatungsstellen bereits den Gesetzesentwurf kritisiert, der die Situation der Betroffenen rechter Gewalt in keiner Weise verbessert. Vielmehr bleibt der Merkmalskatalog für die Strafzumessung unbestimmt und verwendet den fachlich überholten Begriff der „Fremdenfeindlichkeit“. Hingegen fehlt die Verpflichtung, bei Ermittlungen ein rechtes bzw. rassistisches Tatmotiv aktiv auszuschließen.

IMPRESSUM



Opferperspektive
Beratung für Betroffene rechter Gewalt

Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001

E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion:
Joschka Fröschner, Martin Vesely,
Ingmar Pech

Spendenkonto 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 10020500
IBAN: DE34100205000003813100

 **TOLERANTES
BRANDENBURG**